

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. April 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verjammlungs-, Vergnügungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 40

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Tarifverlängerung und Steuerungsulagen, I bis III.
Das Buchgewerbe im Auslande: Deutsche Schweiz, — Romanische Schweiz, — Großbritannien. — Finnland, — Rußland.
Korrespondenzen: Kassel. — Köln (M.-M.). — Wien.
Zustände: Von Buchdruckern im Kriege. — Steuerungsulagen. — Gehilfenprüfung. — Gehilfenprüfungen in München. — Kriegsulagen für Zeitungverleger. — Redakteurkursus für Kriegsbeschädigte. — Abermals gescheiterte Tarifverhandlungen im deutschen Schneidergewerbe. — Gemeindefürsorge Lebensmitteldamier. — Der landwirtschaftliche Anbau im Jahre 1916. — Höchstpreise für Wohnungsmieten?

Tarifverlängerung und Steuerungsulagen

I.

Der Deutsche Buchdruckerverein hat in der vom 31. März datierten Nummer seines Organs die Kundgebung des Geschäftsführers vom Tarifamt sowie die Bekanntmachung und Aufforderung des Tarifausschusses der Prinzipalität bekanntgegeben. Eine besondere Publikation des Vorstandes des Deutschen Buchdruckervereins hat sich nicht angegeschlossen. Die „Zeitschrift“ nimmt jedoch in einem Leitartikel, der offizielles Gepräge trägt, zu dem bedeutungsvollen Vorgange das Wort.

Die von dem Geschäftsführer Schliebs eingeleitete Aktion wird verdienstlich gerollt; die ganze Angelegenheit sei dadurch „in eine bestimmte, den Zeiss und Gewerksverhältnissen entsprechende Richtung gebracht“. Es seien wohl in Prinzipals wie in Gehilfenkreisen Stimmen für eine Beratung des Tarifausschusses laut geworden. Von ersterer Seite wäre gesagt worden, die Kriegszeit hätte eine Reihe von Veränderungen auf dem Lohn- und Arbeitsgebiete gezeitigt, die eine tarifliche Regelung erforderten; auf Gehilfenseite dagegen habe sich eine Strömung bemerkbar gemacht, die tarifliche Festlegung des durch die Steuerung Bedingten gewünscht hätte.

Das stimmt im allgemeinen. Wenn beiderseitig jedoch die Meinung stark überwog, einen zeitlichen Notbehelf ins Angewisse greifenden, auf Geben und Nehmen gerichteten Vereinbarungen vorzugehen, vor allen Dingen aber einer tariflosen Zeit zu entgegen, die für die recht komplizierten Verhältnisse bei uns etwas ganz anders sein würde als in dem einfach geschichteten Baugewerbe, so ist es ein wahres Glück, daß hüten wie drüben die klugen Köpfe mit aus der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft geschärftem Blick unbefristeten Vorrang haben. Auf Prinzipalseite hat die Diebstahl-Gruppe bereits das Schicksal aller Minderheitsrebellionen erfahren, nach kurzem geräuschvollen Aufsehen in die stille Ecke zu wandern, und auf diesseitigem Ufer wird man hoffentlich nach der fraurigen Komödie des modernen Mehr- und Minderheitsspiels mit den noch weiter verwirrenden vielen Einzelrichtungen kein Verlangen tragen. Die Gehilfenschaft hat schon manches Lehrgeld bezahlt. Es ist zweifellos besser, im April 1916 zu den dringend notwendigen Steuerungsulagen zu gelangen als erst im Januar 1917, wenn der neue Tarif in Kraft treten würde, dessen materieller Inhalt doch wohl nicht gut vorschubweise mit Befriedigung erfüllen könnte. Dies zur prinzipiellen Seite der Sache, nachdem die „Zeitschrift“ auf diesen Punkt in der Weise zu sprechen gekommen ist. Alles andre hat in dem Artikel „Zeitbedingte Notwendigkeiten“ in vorletzter Nummer ausreichende Erwähnung gefunden.

Die „Zeitschrift“ meint also, die Verlängerung des derzeitigen Lohns werde unter diesen Umständen kaum ernstlichem Widerspruch im Gewerbe begegnen. Dann führt sie zum Kern der Sache aus:

Auch über die in den Kriegsverhältnissen begründete Berechtigung von Steuerungsulagen an die Gehilfen dürften in den Kreisen der Prinzipale wohl kaum Zweifel bestehen. Nur über das „Wie“ dieser Zulagen werden die Meinungen auseinandergehen, da der Umfang der Gewährung von Steuerungsulagen nicht ausschließlich im Willensbereich des Arbeitgebers liegt,

sondern davon mit abhängt, daß die Geschäfts- und Vermögenslage des einen die Mittel für diese Zulagen aufzubringen vermag, während viele andre bereits an den Grenzen ihrer Opferfähigkeit angelangt sind. Indes wird man auch hier sagen dürfen: Wer die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Steuerungsulagen anerkennt, der wird in Befähigung seiner sozialen Pflicht und Schuldigkeit es auch zu ermöglichen suchen, die Mittel dafür zu beschaffen.

Dann werden über die Verbreitung der Familienunterstützung, der Steuerungsulagen und sonstiger Hilfe während der Kriegszeit anerkennende Ausführungen gemacht, denen man bei aller Würdigung des hier Geschehenen, die ja im „Korr.“ nicht bei dieser Gelegenheit zum erstenmal erfolgt, doch nicht ohne Einwendungen gegenübersehen kann, und zwar, soweit die Steuerungsulagen in Betracht kommen, wegen des behaupteten Umfangs. Man wird dafür in dem weiteren auch eine gewisse Befähigung finden:

Soffentlich wirkt das von diesen Kollegen gegebene schöne Beispiel nummehr, nachdem die Gewährung von freiwilligen Steuerungsulagen gewissermaßen auf eine allgemeine Grundlage gestellt worden ist, ermutigend und anregend auf die Kollegenchaft im allgemeinen ein.

Fortfahrend heißt es, die Organe des Deutschen Buchdruckervereins wie der Tarifgemeinschaft würden bemüht sein

über das eigentliche Wesen der freiwilligen Steuerungsulagen aufzuklären und damit auftauchende Unsicherheiten und Meinungsverwirrungen gemeinsam mit der Gehilfenschaft aus dem Wege räumen. Sie werden im Einzelfalle, soweit das nötig sein sollte, anregend und ermutigend wirken, insbesondere Gehilfen zu gewähren, was das Geschäft zuläßt, und werden in geeigneter Weise dazum, daß die Steuerungsulagen mit dem Tarif an sich nichts zu tun haben, sondern als freiwillige Leistungen für die Dauer des vorhandenen Notstandes anzusehen sind. Und da es sowohl im Interesse des Wettbewerbes auf dem Arbeitsmarkt als auch im Interesse des Wettbewerbes auf dem Druckachengebiete liegen kann, daß diese Steuerungsulagen nach gewissen einheitlichen Grundrissen erfolgen, so werden sich dieser Seite der Sache die Vereinsorgane ebenfalls annehmen und den Kollegen mit entsprechenden Vorschlägen und Anregungen an die Hand gehen.

Die Tarifgemeinschaft eine vorbildliche Einrichtung nennend, die unter allen Umständen erhalten werden muß, wird noch gesagt, diese Überzeugung werde auch bei den Buchdruckereibethen das Bewußtsein von der Notwendigkeit sozialer Pflichterfüllung gegen ihre Mitarbeiter in der schweren Kriegszeit fördern und stärken sowie bei der Gehilfenschaft die Einsicht zum Allgemeingut werden lassen, daß den Arbeitgeber, die unter dem Krieg ebenfalls schwer zu kämpfen haben, die Erfüllung der besagten sozialen Pflicht erleichtert und von Forderungen, die damit nicht in Einklang stehen, abgesehen werden müsse.

Der letztere Einwand drückt eine Selbstverständlichkeit aus und scheidet somit aus dem Gesichtskreise der in Betracht kommenden Punkte aus.

Die Steuerungsulagen haben allerdings ihren Zusammenhang lediglich mit den Kriegsverhältnissen und der dadurch hervorgerufenen großen Nothlage, so daß sie mit dem Tarif an sich nichts zu tun haben. Um so mehr aber mit der Tarifgemeinschaft, die in dieser außerordentlichen Zeit ja schon mehrfach in erfreulicher Weise den Notwendigkeiten, wie sie unvorhergesehen und unerwünscht eben nur durch den Kriegszustand eingetreten sind, nachdrücklich das Wort geredet und besondere Maßnahmen getroffen hat. Jetzt soll nun mit den Steuerungsulagen auf allgemeiner Grundlage die Ordnung folgen. Deshalb verlieren die Steuerungsulagen auch den Charakter von freiwilligen Leistungen, sie werden, wie die österreichische Prinzipalleistung sagte, zu einer Ehrenpflicht, zu einer außerordentlichen Pflicht. Hat die Ansprache der „Zeitschrift“ die gleiche Wirkung wie der österreichische Aufruf, so würde sich erweisen, daß nicht die gewählten Worte, sondern die Handlungen es tun, im Bewußtsein von der Notwendigkeit sozialer Pflichterfüllung gegenüber den sehr bedrängten Mitarbeitern. Der Appell der österreichischen Prinzipalleistung spricht es unumwunden aus, daß

die Gehilfen ungleich schwerer daran sind als gewiß viele Prinzipale in diesen kriegerischen Zeitaltern. So ist es auch in Deutschland.

Erkennt die „Zeitschrift“ die Berechtigung von Steuerungsulagen ohne weiteres als begründet an und versichert sie, der Deutsche Buchdruckerverein werde auf die Prinzipalität anregend und ermutigend einwirken, so wird auch in den Fällen, wo Firmen sich in einer üblen Lage befinden, ein Ausweg zu finden sein. Wir denken dabei an den Erlaß der Beiträge zu dem besonderen Fonds, womit zeitweilig stärker bedrängten Prinzipalen für diesen Fall wohl etwas geholfen werden könnte.

Die Dauer des vorhandenen Notstandes darf natürlich nicht von dem Einzelmessen abhängig sein. Wie das Tarifamt die von ihm den unter tatsächlichen ungewöhnlich schwierigen Verhältnissen leidenden Firmen gewährten Ausnahmen vom Tarife zeitlich befristet, so wird auch von dieser Stelle aus die Dauer der Steuerungsulagen einheitlich zu bestimmen sein. Das Prinzipalsorgan spricht auch von gewissen einheitlichen Grundrissen bei dem Ausmaße der Steuerungsulagen. Nachdem in unsrer Kriegswirtschaft mit den Höchstpreisen recht zweifelhafte Erfahrungen gemacht worden sind, wäre hier der Weg mit den örtlichen Steuerungsverhältnissen angepaßten sozialen Minimalpreisen gangbarer. Höchstätze in den Steuerungsulagen sind nicht empfehlenswert, da einmal besondere Familienverhältnisse schon bei sämtlichen staatlichen, gemeindlichen und freiwilligen Kriegsunterstützungen berücksichtigt werden und dann auch dem guten Willen wie der Leistungsmöglichkeit auf Grund besserer finanzieller geschäftlicher Fundamentierung wohl nicht Grenzen gezogen werden können.

Bekanntlich sollen ja hier die Schiedsgerichte und das Tarifamt als Verkündigungs- und Einigungsinstanzen den neutralen Boden bilden, wie er sich in gewerblichen Streitigkeiten jetzt langsam gut bewährt hat.

In allem übrigen können wir nur auf unsern schon erwähnten Artikel verweisen, zu dem ergänzend aber noch bemerkt sein soll, daß die Buchdruckereibethen, die auch Zeitungverleger sind, doch etwas mehr Tatkraft aufwenden könnten durch Hinweife zur Behebung der Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage, vornehmlich jedoch in der Bekämpfung des so vielseitig sich zeigenden Kriegswuchers.

Der Artikel der „Zeitschrift“ enthält auch einige Sätze unverminderten Bekennens zur Tarifgemeinschaft und zur Aufrechterhaltung guter Beziehungen zur Gehilfenschaft, was in Hinblick auf die in den letzten Monaten entfaltete Tätigkeit der zwei oppositionellen Strömungen auf Prinzipalseite von größerer Wichtigkeit ist als in sonstiger Zeit. Man kann da mit Befriedigung lesen:

Die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker, die sich in den Jahrzehnten ihres Bestehens als ein Förderer guter Beziehungen zwischen Prinzipalchaft und Gehilfenschaft und als ein Segen für die gedeihliche Weiterentwicklung unsres Gewerbes erwiesen hat, wird sich also auch unter den gegenwärtigen schweren wirtschaftlichen Verhältnissen zum Vorteil unsres Gewerbes bemühen und damit vor aller Welt für die deutschen Buchdrucker Ehre einlegen.

Die einleitend ausgesprochene Erwartung, die erlassenen Kundgebungen und Bekanntmachungen in der Angelegenheit der Tarifverlängerung und der Steuerungsulagen „werden nicht nur im deutschen Buchdruckergewerbe, sondern auch darüber hinaus Befriedigung auslösen“, wird sich um so mehr erfüllen, je uneingeschränkter und bestrebender den guten Worten die entsprechenden Taten folgen. Darüber kann weder pränumerando in Enttäuschung gemacht werden, noch darf sich die Hoffnung dazu versteigen, mit Steuerungsulagen den unermeßlichen Schaden behoben zu sehen, den der Krieg einem jeden einzelnen in der Gehilfenschaft zufügt.

II.

Der Hauptvorkand des Guttenbergbundes richtete im „Typograph“ nach vorausgehendem Abdruck der Kundgebung von Schliebs und der Bekanntmachung des Tarifausschusses an seine Mitglieder die Aufforderung, sich mit der Tarifverlängerung einverstanden zu erklären. In Sachen der Steuerungsulagen wird gemeinsames Vorkellig-

werden unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Tarifausschusses angeordnet. Dazu heißt es noch in der kurzen Publikation, der sich ein Artikel nicht anschließt:

In Betreff, in denen unsere Mitglieder mit Anders- oder Nichtorganisierten zusammenstehen, wollen sie sich mit diesen über Zeit und Art des Vorgehens sowie über die Höhe der nachzukommenden Zulage verständigen. Die firmenlosen Andersorganisierten sind natürlich die Mitglieder des Verbandes, die in Druckereien arbeiten, wo auch Gutensendler höchstaktiv sind. Diese etwas erheblicher wirkende Verschiebung in dem Zustande der Bundesleitung hilft uns jedoch nicht ab, unsern Mitglidern in solchen Druckereien zu empfehlen, mit den Mitglidern des Gutensendlerbundes ein vernünftiges Einvernehmen zu erzielen. Wo unsere Organisten die Mehrheit hat, was ja die Regel mit recht wenigen Ausnahmen sein wird, soll das Allgemeininteresse der Gehilfenschaft bei den einleitenden Schriften wie bei notwendig werdenden Einigungs- verhandlungen mit einzelnen Firmen bestimmend sein.

Somit entspricht diese Bekanntmachung dem, was in der ganzen Angelegenheit zu den Unumgänglichkeiten zählt.

III.

Die übrige Presse hat bis jetzt ohne Unterschied der Parteifarbung vom dem bei uns in Vordergrund stehenden Thema schon mehrfach Notiz genommen. Das geschah in rein referierendem Sinne. Der „Schwäbische Merkur“ lebte der kurzen Bekanntgabe von den Veröffentlichungen allein eine eigene Auslassung hinzu: Die Einsicht beider Parteien, die sich in der Abhandlung von einer Tarifrevision während des Krieges bekunde, findet Herabsetzung, ebenso die schwierige Lage des Buchdruckergewerbes und insbesondere der Zeitungsbetriebe. Das das Stuttgarter Blatt nicht auch für die noch größeren Bedrängnisse der Gehilfenschaft ein paar Worte findet, ist nur deswegen auffallend, weil der „Schwäbische Merkur“ aus seinem Glauben etwas hierzu sagen zu müssen.

Wir werden von jetzt an bis auf weiteres unter dieser Artikelüberschrift alle Bewilligungen von Steuerungsulagen und die damit zusammenhängenden Vorgänge bringen. Es wird, um ein übersichtliches Bild zu erhalten, also von den üblichen Veröffentlichungen unter „Rundschau“ wie auch von Erwähnungen in Verammlungsberichten abgesehen. Wir bitten nur um summarische Mitteilungen aus den einzelnen Orten, d. h. wieviel Gehilfen bei den Steuerungsulagen in Betracht kommen und in welchen Grenzen sich diese bewegen. Am 11. März, aufstrebendes Bild zu erhalten, ist aber auch anzugeben, wieviel Gehilfen bis zu dem jetzigen Zeitpunkt schon Steuerungsulagen erhalten und in welchem Betrage. Diese Zusammenstellungen werden möglichst in der Sonnabendnummer erscheinen, beginnend am 15. April. Sollten sich irgendwo Schwierigkeiten einstellen, kann darüber wohl kurze Mitteilung erfolgen, Einzelheiten werden jedoch nicht gebracht, solange das Einigungsverfahren schwebt.

Das Buchgewerbe im Auslande

Deutsche Schweiz. Am 25. März starb in Bern nach langer Krankheit im Alter von 50 Jahren der Zentralverwalter des Schweizerischen Typographenbundes Johann Kubli. Das Zentralkomitee, dem der Verstorbene 15 Jahre hindurch in treuer Mitarbeit angehörte, davon 13 Jahre als Zentralverwalter widmete ihm an der Spitze des Verbandes einen tiefempfindlichen Nachruf.

Romanische Schweiz. Die geplante Vereinigung mit dem Schweizerischen Typographenbunde hat eine umfangreiche Meinungsäußerung im Verbandsorgan des Typographenbundes der romanischen Schweiz hervorgerufen. Bis jetzt hat man eigentlich nur eifrige Bestrebungen angetroffen. Alle nur möglichen Bedenken werden im voraus zu zerstreuen gesucht. Wegen der Sprachen wird auf die Erfolge des österreichischen und des belgischen Verbandes verwiesen. Das Ziel und die Aufgaben der zu vereinigenden Verbände deuten sich, wenn auch die zu seiner Erreichung angewandten Mittel unter sich bisher Verschiedenheiten aufwiesen. Bis jetzt stand allerdings nur die grundsätzliche Frage der Vereinigung zur Sprache. Die Veröffentlichung der Grundlagen, auf der die Vereinigung stattfinden soll — im „Fort“ bereits mitgeteilt — und das Ergebnis der Untersuchung des Verbandsvorstandes wurden in einer Sondernummer von acht Seiten des „Gutenberg“ am 25. März vorgenommen. Der Inhalt der erwähnten Sondernummer beschäftigt sich ausschließlich mit der Vereinigung beider Verbände. Neben dem Text der vorgeschlagenen Abereinbarung, auf deren Grundlage die Vereinigung stattfinden soll, werden die Satzungen des Typographenbundes wörtlich abgedruckt mit dem Hinweis, daß diese natürlich später einer Durchberatung unterworfen würden. Der Verbandsvorstand läßt die Mitglieder und Sektionen zur Besprechung der Frage ein. Er selbst empfiehlt, ohne eine Beeinflussung ausüben zu wollen und in der Überzeugung, im Interesse der Gesamtkollegenschaft zu handeln, die Zustimmung zur Vereinigung. Erwähnenswert ist, daß der erste Anlaß zur Vermählung auf ein Geheimratschreiben der Genfer Buchdruckereibesitzer zurückzuführen ist. Es hatte den Zweck, eine feindselige Bewegung gegen die Gehilfenschaft hervor-

zurufen, die angeblich ihren tariflichen Verpflichtungen nicht mehr nachkam. Vorbereitungen waren in Aussicht genommen, um in den neuen Tarif Bestimmungen aufzunehmen, hauptsächlich die Maschinenheber betreffend, welche einzeln und allein die Vorteile der Prinzipale wahrten. Da nun der Tarif, den Wünschen der Prinzipale entsprechend, mit dem des Schweizerischen Typographenbundes abkündet, weil weiter in Unternehmungskreisen isters die Vorseige eines allgemeinen Tarifs Ermäßigung fanden zwecks Verminderung von Preisunterbaltungen, stellte Kollege Dellanegra, unterstützt vom Schriftleiter des „Gutenberg“, den Antrag, die Möglichkeit einer Vereinigung zu prüfen. Das führte zu dem bekannten Ergebnisse. Mit welchem Ernste die Frage behandelt wird, geht daraus hervor, daß so viel Sondernummern der Verbandszeitung erscheinen lassen, als durch die zu erwartende rege Teilnahme an der Aussprache sich nötig machen. An dem Zustandekommen der Vereinigung scheint man keine Zweifel zu hegen. Es wird sich nun zeigen, ob ebenso wenig praktische Bedenken wie grundsätzliche bei den Mitglidern gegen die Vereinigung bestehen.

Ein Vergleich mit der Internationale, die bei Kriegsausbruch verlagte, ist bei der geplanten Vermählung nabelegend. Kollege P. A. (wohl der Vorsitzende der Redaktionskommission des „Gutenberg“) beschäftigt sich in einem größeren Aufsatz mit dieser Frage, dabei unterlegend, auf welche Gründe wohl der Zusammenbruch der Internationale zurückzuführen sei. Eine gedrängte Zusammenfassung seiner Schlussfolgerungen möge hier folgen: Wenn die Internationale zusammenbrach, so erging es ihr nicht anders als allen übrigen menschlichen Vereinigungen, ob sozialer, wissenschaftlicher, religiöser oder anderer Natur. Sie brach zusammen, weil sie den Krieg nicht aushalten konnte, hierzu war sie zu schwach, weil noch zu jung. Hieran folgt eine ausführliche Darlegung über die Anfänge der internationalen Beziehungen und die verhältnismäßig beschränkte Tätigkeit der Sekretariate. Wenn man den deutschen Gewerkschaften — und Sozialisten — vorwalle, sie hätten sich zu schnell über die Schichtigkeit des Krieges geeinigt, so sei es notwendig, einige der Gründe anerkennen zu können, die sie auf diesen Weg wiesen; Gründe, zu denen die Gewerkschaftler der romanischen und der angelsächsischen Länder unmitelbare Urheber seien. Die lateinischen Gewerkschaften hätten zuerst über Grundbegriffe gestritten, die praktische Seite der Arbeiterbewegung nicht nur verlassen, sondern oft geradezu verachtet. Sie politisierten nur, anstatt sich mit Wirtschaftfragen und den wirklichen und praktischen internationalen Fragen zu beschäftigen, Eingekommen von ihren beschränkten Auffassungen seien sie keineswegs Internationalisten gewesen. Die Engländer dagegen seien in ihren Einrichtungen ebenso praktisch wie die deutschen Gewerkschaftler. Doch wären sie nationalitätslos, hielten sich zurück von der übrigen Arbeiterbewegung und abgen zu viel Vorstell. aus der geographischen Lage ihres Landes. Es wird hierauf die Buchdrucker erwähnt, die „bis zum Kriegsausbruch“ mit einem Anschluß an das internationale Sekretariat zögerten. Diese Eigenartigkeit der einen, die Schlafheit und Sorglosigkeit der anderen gehörten zu den Hauptursachen des Misserfolgs der gewerkschaftlichen Internationale. Die angeführten Eigenschaften drückten bei den deutschen Gewerkschaftlern die Überzeugung hervor, sie beständen allein den internationalen Geist, und daß sie es sich schuldig seien — weil die andern zu schwach oder zu eigenartig —, diesem zum Erlumpen zu verhelfen oder eine Kultur zu erhalten, die sie für die Erzeugerin der Humanität hielten. Man könnte, wenn man sich etwas anstrengen wollte, und vom deutschen Standpunkt aus, für diese Überzeugung wie für jede andre eintreten. Der Schreiber nehme an, daß Karl Legien, so selbst es manchmal auch scheinen möge, in ebenso gutem Glauben handelte als jeder Gewerkschaftler des Verbands. Die Verantwortung für das Vergehen der Internationale sei nicht so groß, wie sie oft hingestellt würde; der Schreiber vorstelle sie wie folgt: Schuld daran seien die lateinischen Gewerkschaftler mit ihrem Vorkurs, die englischen mit ihrem Egoismus und die deutschen vielleicht mit dem Geiste der Allmacht. Der Verfasser glaubt nicht an die Vernichtung der Internationale, im Gegenteil würde wohl der Krieg dazu beitragen, daß jedes Land seine eigenen Fehler einleht. Am die Internationale bzw. deren Grundbegriffe schon jetzt vorbereiten, kündigt der Aufsatz aus zugunsten der Vereinigung der beiden Schweizerischen Buchdruckerverbände.

Großbritannien. Einer Meldung der „Times“ zufolge wurden die Geschäftsräume der irischen Druckerei „Gaelic Press“ in Dublin von der Militärbehörde verriegelt. Sämtliche Nummern von vier dort hergestellten Blättern wurden beschlagnahmt.

Finnland. Auf dem Wege des beröchtigten „administrativen Verfahrens“ hat der Gouverneur von Abo den Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Die Zeitung hatte eine Abbildung veröffentlicht, die die Interdikt trug: „Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma in Strängskilbodem auf dem Wege zum Verdamnungsort“. Die russischen Schergen erwießen sich also auch in Finnland des ungenigen Bündnisses mit der französischen Republik recht würdig. Und dabei wollen beide das deutsche Volk mit „größerer Freiheit und Demokratie“ beglücken!

Rußland. Das russische Zeitungswesen, das wegen des Papierbezugs in der Hauptsache auf finnländische Erzeugnisse und auf die Einfuhr von Maschinenteilen aus Schweden angewiesen ist, leidet infolge der Einschränkung der Erzeugung und der Zufuhrschwierigkeiten starken Mangel. Die russische Regierung kann dem Papiermangel nicht feuern, weshalb durch das Departement für das Pressewesen an die russische Presse die Aufforderung erging, den Umfang der Blätter beschränkt einzu-

schränken. Der ohnedies nicht geringe Preis der Petersburger Tagesblätter wurde bereits infolge der Papierverengung um eine Kopeke für das Exemplar erhöht. Infolge der geringen Holzlieferung werden auch die russischen Papierfabriken ungemehrt.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

r. Kassel. Die am 12. März abgehaltene Kreisjahrsbeiratsversammlung war leidlich gut besucht. Die Beiratsorte waren durch Delegierte vertreten. Aus dem von Vorstehenden Engelbach erstatteten ausführlichen Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Kreis aus unserm Bezirk in jeder Richtung keinen Stempel aufgedrückt hat. Der Mitgliederstand betrug am 31. Dezember 1915 noch 298, davon neuneingetretene 40. Zum Beiratsdienste wurden bis zum Jahresschluß 363 Kollegen, wovon 165 Beiratsleute, einberufen. Gestalten sind 33. An Unterstützungen wurden seit Kriegsbeginn insgesamt 27888,65 Mk. ausbezahlt, außerdem an die Familien der Einbezogenen aus der Bezirks- und Gaukasse noch 5166 Mk., wovon ein Teil durch Geldsammler der Mitglieder aufgebracht wurde. Der vorgesehene Kassenbericht wurde genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammenfassung durch Zufall wiedergewählt. Alsdann referierte unser Gauvorsteher Dominik (Frankfurt a. M.) in einflussreichen Ausführungen über die allgemeine Lage sowie über die Lage im Gewerbe und im Verband im besondern. Keiner Vorschlag sollte seine Darlegungen.

le. Köln. Maschinenmeisterverein. — Vierjahresbericht. Die Generalversammlung am 23. Januar war von 21 Kollegen besucht. In seinem Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr bedauerte Vorstehender Klotz, daß nur drei Versammlungen abgehalten werden konnten. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß weit über die Hälfte der Mitglieder unseres Vereins einberufen sind, so müßten doch die Kollegen, die am heimischen Herde geblieben sind, mehr Interesse an unsrer Sache zeigen. Das Andenken von drei gefallenen Kollegen wurde in der üblichen Weise geehrt. Über das Schicksal einiger Kollegen wissen wir nichts Näheres. — Am 12. März fand eine allgemeine Maschinenmeisterversammlung statt, die den Verhältnissen entsprechend gut besucht war. Hierin wurde eines kleinen Jubiläums gedacht. Sind doch nunmehr zehn Jahre verlossen, seit die Maschinenmeistervereine von Rheinlands-Wallalen sich zentralisierten. Gauvorsteher Albrecht gedachte in seinem Glückwunsch denn auch in anerkennenden Worten der Leistungen der Generale und ihres verdienstvollen Leitens, des Kollegen Kiefer (Köln), welcher in diesen zehn Jahren unermüdet für die Generale tätig war. Den Hauptpunkt in dieser Versammlung aber bildete ein Vortrag unseres Gauvorstehers über das Thema: „Zeit- und Streitfragen“. In fünfteiliger Aufgliederung, eindringlichstem Referat verarbeitete er sich zunächst über die Umwälzungen, die dieses blutige Völkerverhängnis auch in unserm Gewerbe hervorgebracht, und wie unser Organisations- und Verband, das Menschenmögliche geleistet habe, um über diese schwere Zeit hinwegzukommen. Den Mangel an Spezialkräften benutzte eine gewisse Gruppe von Prinzipalen, schon jetzt einige einmündige Bestimmungen über Bord zu werfen, und da seien es speziell die bösen Sonderbestimmungen, die vor allen Dingen daran glauben sollen. Redner besprach besonders die Vorklässe der Wolsch-Gruppe zum „hülflosen“ Tarif in ihren Einzelheiten. Eindringlich warnte er die Kollegen davor, Sonderabmachungen einzugehen, ohne sich vorher mit den tariflichen Instanzen in Verbindung gesetzt zu haben. Die Grundlagen des Tarifs müßten in jeder Beziehung aufrechterhalten werden.

H. Wiesig. (Bezirksversammlung am 19. März.) Seit dem Jahre 1913 konnte dieses Jahr wieder an eine Abhaltung einer Bezirksversammlung gedacht werden. Die Schwierigkeiten und der oftmalige Wechsel in den Vorstandsmännern erschwerten oft die Festlegung einer solchen. Die heilige Belegung des Beiratsvorstandes wird es vornehmlich ermöglichen, regelmäßig die Bezirksversammlungen stattfinden zu lassen. Die diesjährige Versammlung, die von den Kollegen aus Hannover, Goldberg, Albin, Sauer, Neumarkt, Malisch und Wiesig gut besucht war, eröffnete Vorstehender Hinkel mit der Aufforderung an die Kollegen, auch in dieser schweren Zeit nicht nachzulassen. Kollegialität zu üben, alles, was dem „Burgfrieden“ nicht dienlich sei, beiseite zu lassen und doch unser Ehrenschild als Verbandsmitglidern hochzuhalten. Die Mitgliedschaft Buntlau war nicht vertreten. Einige „Feldraue“ nahmen an der Versammlung teil. Anschließend wurde er der im Felde noch streikenden sowie der gefallenen und in der Heimat verstorbenen Kollegen, deren Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Auf dem Felde der Ehre hielten die Kollegen Erich Kumpf (Wiesig), Artur Wolff, Paul Paly, Heinrich Neumer, Heinrich Scholz, Karl Ross (sämmtlich aus Buntlau), Heinrich Felsbauer und Paul Steber (beide aus Albin). Gestorben sind Alfred Kumer, Oswald Schulz und Richard Die (Wiesig). Aus dem Berichte des Bezirkskassierers ging u. a. hervor, daß die Mitgliedszahl des Bezirkes am Schluß des Jahres 1914 138 betrug, gegen 115 am Schluß des Vorjahres. Der Bericht der Beiratsfrauenleute ergab, daß während der Kriegszeit die Situation sich nicht viel geändert habe. Die Unterstützung von Seiten der Prinzipale an die Frauen ihrer zum Militärdienst eingezogenen Gehilfen hätten weit besser sein können, da Firmen, die in der Lage dazu wären, zum Teil bis heutigen Tages noch nichts getan haben. Einige Firmen aber geben nachhafte Unterstützungen. Ähnlich steht es mit den Steuerungsulagen. Recht ansehnliche Beträge sind in den einzelnen Orten von den Kollegen zur Unter-

füßung der Kriegesfamilien zur Auszahlung gelangt, für welchen Zweck auch vom Gau beträchtliche Gelder zur Verfügung gestellt wurden. Für diese Opferfreudigkeit sei den Kollegen hier nochmals gedacht mit der Bitte, fernerhin nicht zu erlahmen und der Kriegesfamilien auch weiter zu gedenken. Hierauf erhielt ein Gausvorsteher Gledler das Wort zu seiner Berichterstattung über die Verhandlungen der letzten Gausvorsteherkonferenz. In recht ausführlicher Weise ging er in die Verhandlungen und gestellten Beschlüsse ein, so daß eine längere Debatte nicht befehlige wurde. Man konnte vielmehr wahrnehmen, daß die Mitglieder im allgemeinen mit den gestellten Beschlüssen in Anbetracht der jetzigen Verhältnisse einverstanden waren. Die Sitzung des Kollegen Otto Scholz (Wegau) als 40-jähriger Verbandsjubiläum schloß sich hier an. Kollege Gledler überreichte ihm, in einer längeren Ansprache, die jungen Kollegen zur Nachbesserung anspornend, das übliche Gausgeschenk von 50 Mk., desgleichen wurde ihm vom Ortsvereine Wegau ein größerer Beitrag mit entsprechenden Worten ausgedrückt. Aus bewusstem Besen dankte der Jubilar für die ihm gebrachte Ehrung mit den Worten, daß fernerhin dem Verband ein treues Mitglied bleiben zu wollen bis an sein Lebensende. Es folgte dann eine Aussprache über brüßliche Verhältnisse. Die nächste Versammlung soll voraussichtlich in Sannau stattfinden.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eisenkreuz: Max Jango (Wang), Karl Bratke (Berlin), Alfred Mühlke und Fritz Karger (Sörlitz). Dem mit haben sich jetzt 1408 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten. — Eine neue Preiszeitung unter dem Titel „An Landerns Rufe“ ist am 15. März an der Westfront als Kriegszeitung für das Marinekorps erschienen. Die uns vorliegende Nummer enthält acht Seiten in Quersformat und setzt in Sach wie Druok ernstes und erfolgreiches Bemühen, hypogrophisches Können zum Ausdruck zu bringen. Wie uns mitgeteilt wurde, sind dem mit die Kollegen D. Schmidt (Wang) und Fr. Reimann (Berlin) beschäftigt.

Feuerungszusulagen. In Eberfeld gewährte die Buchdruckerei Molkenbuder & Co. („Freie Presse“) den männlichen Arbeitern eine Feuerungszulage von 1,50 Mk. wöchentlich.

Gebührenprüfung. In Mühlhausen i. S. B. unterzogen sich dieser Tage vor der Prüfungskommission in Mühlhausen 4 Begehren aus Mühlhausen und 4 Begehren aus Rangena die Gebührenprüfung; 7 davon waren Geber, 1 Schulverwalter. Als Aufgaben waren gestellt: ein Buchstiel, ein zweifelhafter Briefkopf und ein Programm. Außerdem mußte jeder 1/4 Stunden platten Sach nach geschriebenen Manuskript lesen. In der mündlichen Prüfung wurden Fragen technischer Art und solche der Bürgerkunde gestellt. In der praktischen Prüfung erhielten 6 Prüflinge „Gut“ und 2 „Genügend“; in der mündlichen 1 „Recht gut“, 3 „Gut“ und 4 „Genügend“.

Gebührenprüfungen in München. Am 6. und 7. Mai findet in der Buchdruckerfachschule zu München, Brannstraße 2, die nächste Buchdruckergebührenprüfung statt. Anmeldungen sind zu richten an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Herrn S. B. Gräßl, Buchdruckereibesitzer, München, Geschicktsstraße 12 I., von wo auch die vorgeschriebenen Anmeldeformulare zu beziehen sind.

Kriegszusulagen für Zeitungsverleger. Nach einer Zusammenkunft im „Setzungsverlag“ wurden in letzter Zeit in folgenden Orten die Vergütungen an Zeitungsverleger für häusliche Bekannmachungen erhöht: Radeburg, Leckardt, Saara, Ahnener, Magdala, Solingen, Lüßleben, Müngsburg, Bromberg, Mühlhausen, Sörlitz, Reichensbach i. Saarl., Alt-Rastdorf und Kierpitz.

Redaktionskursus für Kriegsbedienstete. Der Seminarverein für Journalistik (Berlin-Steglitz) veranstaltet im Sommersemester vom 26. April bis 29. September einen theoretisch-praktischen Ausbildungskursus für journalistisch-journalistisch veranlagte Kriegsbedienstete mit guter Allgemeinbildung zur Einführung in die Redaktionspraxis. Prospekte und Auskünfte von der Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz, Moltkestraße 2.

Abwärts gerichtete Tarifverhandlungen im deutschen Schneidergewerbe. Am 23. und 29. März waren die Vertreter des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Schneidergewerbe und der drei Gewerkschaften in Dresden veranlagt, um über eine Reihe tariflicher Angelegenheiten zu beraten. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf den Antrag der Arbeiter auf Erhöhung der Wäschereivorgelohnung. Über diesen Punkt wurde eine Verständigung erzielt, nachdem die Unternehmer auf ihren Vorschlag verzichtet hatten, wonach sie sich im Falle des Zurückgehens der Einkaufspreise eine entsprechende Reduktion der Vergütungsätze vorbehalten wollten. Die Debatte wandte sich hierauf zu der Beratung über die Höhe und den Zeitpunkt des Inkrafttretens der in Aussicht genommenen Feuerungszusulagen in Verbindung mit dem Antrag des Unternehmerverbandes auf Verschönerung des Termins des Inkrafttretens des Reichsarbeitsvertrages um ein weiteres Jahr, also bis zum 1. März 1918. Die Angelegenheit war bereits in Stuß gekommen zu einer Zeit, wo von der neuen Verordnung über die Einschränkung der Arbeitszeit noch nichts bekannt war. Nach dieser Vorordnung, die demnächst in Kraft tritt, soll die Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche beschränkt und dem Arbeiter infolge des Lohnausfalls eine Lohnzulage in Höhe von 10 Proz. gewährt werden. Der Vorsitzende des Anfor-

nehmerverbandes bemerkte, daß sein Verband vor Erlass der Bekanntmachung zu einer Lohnerhöhung bereit gewesen sei, die allerdings nicht 10 Proz. erreicht hätte, doch ließe sich aber jetzt auf eine Erhöhung nicht mehr einlassen könnten. Infolgedessen konnten sich die Arbeiter mit einer weiteren Hinausschiebung des Inkrafttretens des Reichsarbeitsvertrages nicht einverstanden erklären. Sodann wurde in die weitere Beratung des Reichsarbeitsvertrages eingetreten, und zwar wurden die Verhandlungen über die Ertragsarbeiten, die das letztemal gescheitert waren, wieder aufgenommen. Der Unternehmerverband hatte verlangt, daß die Arbeitszeit, welche für jede Ertragsarbeit erforderlich ist, gleichfalls behandelt werden solle mit der Frage, welche Positionen in sämtlichen Tarifen erhöht werden müssen, und welche als zu hoch beanstandet werden. Die Arbeiter forderten, daß wenn später der Lohn der Ertragsarbeiten an den einzelnen Orten eingetragene wird, hierbei nicht der jetzige Stundenlohn, sondern der am 1. März 1917 oder der zu einem späteren Termine geltende zugrunde gelegt werden soll. Diesen Vorschlag verworfen die Unternehmer. Die Arbeiter erklärten hierauf, daß sie außerdem seien, die Beratungen über die Ertragsarbeiten aufzunehmen. Die jetzigen Löhne entsprächen keineswegs mehr den Selbstverhältnissen. Es würde also nichts anderes übrig bleiben, als die ganze Streitfrage durch die Unparteilichen austragen zu lassen, um eine Grundlage für die weiteren Beratungen zu schaffen. Die Unternehmer zogen nunmehr ihre Vorschläge zurück. Die Verhandlungen sind also wiederum gescheitert. Im Anschluß daran unterhielt man sich noch kurz über die Arbeitsnachweiske. Die Unternehmer erklärten sich bereit, Anweisungen an ihre Ortsvereine dahin zu erlassen, daß sie mit den Arbeiterorganisationen in die Erörterung einer gemeinsamen Regelung der Arbeitsnachweise am Ort eintreten sollen.

Gemeinschaftliche Lebensmittelfamker. Kaffees und Zuckeramker sind gegenwärtig wieder in eifriger Tätigkeit begriffen. Schon wiederholt ist gegen die überreichliche Vorverorgung mit Lebensmitteln aller Art, in der Annahme, daß diese bald ganz vom Markte verschwinden könnten, Stellung genommen und darauf hingewiesen worden, wie durch das Aufstapeln großer Mengen von Lebensmitteln, die infolgeder dem Verderben ausgesetzt sind, durch das Bestreben, immer noch größere Vorräte einzuhäufem, der Marktverkehr auf das ungünstigste beeinflusst und durch diese Unglücksfälle zu jedem Preise der Handel geradezu angesetzt wird, höhere Preise für die Ware zu verlangen und sich schließlich bisweilen einer Überbelohnung der Höchstpreise schuldig zu machen. In letzter Zeit hatte sich die Kamkererei namentlich auf dem Zuckermarkt geltend gemacht, obwohl wiederholt betont worden war, daß unre Zuckervorräte bei vernünftigen, hauswirtschaftlichem Verbrauch bis zur nächsten Ernte völlig ausreichen und eine Versteuerung des Verbrauchers für dieses Verbrauchsjahr, also bis Oktober, nicht zu befürchten ist. Selbst wenn für die neue Ernte 1918/17 ein kleiner Aufschlag eintreten sollte, was durchaus noch nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, so dürfte doch umgänglich dieser nach sechs bis sieben Monaten vielleicht kommende Aufschlag dazu veranlassen, schon heute einzuhäufem. Auf dem Kaffeesmarkt machten sich kürzlich ähnliche unerfreuliche Erscheinungen bemerkbar, die zu einer Einschränkung des Kaffeeverbrauchs in Berlin geführt haben, wonach im Kleinhandel Rohkaffees überhaupt nicht mehr und von gebranntem Kaffee nicht mehr als ein halbes Pfund auf einmal an einen Käufer abgegeben werden darf. In beachtenswerter Weise wird auch in einem Erlaß des kaiserlichen Ministeriums des Innern gegen die Kamkererei Stellung genommen, in dem es heißt: „In letzter Zeit haben viele Haushaltungen sich recht unglücklicherweise mit einem größeren Zuckervorrat ausgestattet. Von Anlaß hat anstehenden die Bundesratsverordnung vom 3. Februar gegeben, die den Preis des von den Rohzuckerfabriken im Betriebsjahr 1916/17 hergestellten Rohzuckers auf 15 Mk. festsetzt. Diese Verordnung hat aber auf den Zuckerpreis mindestens bis zum Herbst keinen Einfluß, so daß mit einem Steigen des Kleinhandelspreises im Sommer nicht zu rechnen ist. Dagegen kann das auch für den einzelnen ganz unwirtschaftliche Ankauf von Vorräten in den Haushaltungen dazu führen, daß unre für den Bedarf durchaus ausreichenden Vorräte im Sommer für den wichtigsten Verwendungszweck knapp werden. In diesem Falle würde auf die in den Haushaltungen angesammelten größeren Vorräte zum Nutzen der Allgemeinheit zurückgegriffen werden. Wenn, die jetzt eigenmächtige Aufkäufe machen, kann daher keinerlei Vorteil, wohl aber Schaden entstehen. Es ist bedauerlich, daß die Vorheit des „Kamkers“, deren sich jeder denkende Staatsbürger schämen sollte, kein Ende nehmen will. Vor diesem gemeinlichlichen Treiben wird nochmals nachdrücklich gewarnt. Zu einer Belohnung liegt keinerlei Grund vor.“ Die eindrucksvollen Mahnungen in dem Erlaß und die Warnung, daß bei eintretender Knappheit auf die in den Haushaltungen angesammelten größeren Vorräte zum Nutzen der Allgemeinheit zurückgegriffen werden müßte, werden hoffentlich genügen, um dem Ankauf zu steuern und der Entladung großer Warenmengen vom Markte erfolgreich entgegenzuwirken. Die Konsumvereine z. B. werden sich nach wie vor bemühen, den Kamkeren einen Riegel vorzuschleiden, und daher nur ein bestimmtes Quantum Waren an das einzelne Mitglied abgeben.

Der landwirtschaftliche Anbau im Jahre 1918. Eine der wichtigsten wirtschaftlichen Fragen, die in ihrer Bedeutung noch lange nicht erkannt ist, ist die Frage, wie sich der Anbau auf den dem Deutschen Reiche zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Flächen in diesem Jahre gestalten. Man müßte eigentlich sehr schon wissen, wo der augenblickliche Stand ist, welche Flächen schon bestellt, mit welchen Fruchtarten und wie sie bestellt sind. Daraus würde sich ergeben, wo es noch fehlt, und was

getrieben könnte und müßte, um die Lücken auszufüllen und die Mängel abzufüllen. Man darf einzelne Beobachtungen keineswegs verallgemeinern, aber man kann durch sie doch veranlaßt werden, auf einen wichtigen Gesichtspunkt hinzuweisen, namentlich dann, wenn es sich umgänglich ist, daß eine Besserung erfolgen kann. Vereinzelt Beobachtungen zufolge läßt aber die Bestellung dieses Jahr noch viel zu wünschen übrig, falls well es an Arbeitskräften, falls well es an Kapital fehlt und noch fehlt, vor allem aber, weil die Höchstpreise- und beherrschende Verteilungspolitik sehr unglücklich und ungleichmäßig gewirkt hat. Nun kann in der allerhöchsten Zeit noch viel nachgeholfen werden, vorausgesetzt, daß man die richtigen Wege einschlägt. Daß die Höchstpreispolitik nicht zu einer Ausdehnung der landwirtschaftlichen Erzeugung, sondern zu einer Einengung und Beeinträchtigung beigetragen hat, das kann für den nicht bestritten sein, der die Erfahrungen des letzten Jahres aufmerksam verfolgt hat. Je größer aber die Gefahr ist, daß in diesem Jahre der Anbau zu wünschen übrig läßt, daß statt mit einer Ausdehnung mit einer Einschränkung zu rechnen sein dürfte, daß vor allem die Wirtschaft erstens betrieblen wird, desto ernster und dringender wird die Pflicht, so rasch wie möglich in Erzeugung zu bringen, wie der augenblickliche Stand der Bestellung ist und was zu tun ist, um einen beträchtlichen Rückgang der Anbauflächen vorzubeugen. Gewiß, das ist schneller gesagt als ausgeführt, aber die zuständigen Stellen dürfen sich nicht auf die unsicheren Annahmen verlassen, die bei der heutigen Zeit, sich zu orientieren, benötigt zu werden pflegen, sondern es muß für jede Gemeinde auf dem Lande genau festgestellt werden, wie die augenblicklichen Anbauverhältnisse sind. In jeder Gemeinde muß der Gemeindevorsteher unter Zuziehung umgänglich eines Lehrers oder Wissenschaftlers eine Aufnahme über den Anbau im laufenden Jahre machen. Auf Grund der Einzelaufgaben werden die Ergebnisse für die Kreise, dann für die Regierungsbezirke, endlich für das gesamte Reich zusammengefaßt, wo sie von einer Zentralstelle so schnell wie möglich in einer Tabelle bearbeitet werden, die erkennen läßt, wo Mängel und Lücken bestehen und was getrieben kann, um etwaigen Ausfällen zu begegnen. Versäumt man eine solche Aufnahme, die so genau wie nur möglich durchzuführen werden muß, so ist das Verfallnis nicht wieder auszumachen. Wenn allgemeine Ermahnungen und Aufforderungen sind in ihrer Wirkung begrenzt und nicht zu überleben, während eine ziffernmäßige Aufnahme uns einen genaueren Inhalt gibt, wo und wie eingegriffen werden muß, um einem drohenden Mangel noch beizugehen. Wenn man sich über den Anbau erst eine Übersicht auf einer Zeit verschafft, wo es zu spät ist, um noch auf eine Beseitigung von Ausfällen in Friedenszeiten eingehen. In Kriegszeit aber, wo die Ernährung von Menschen und Tieren ganz und gar von dem jeweiligen Ansatze des Anbaus abhängt, muß man sich Gewißheit über die Anbauverhältnisse schon zu einer Zeit verschaffen, wo es noch möglich ist, den Anbau selbst nachhaltig zu unterstützen. Wie der Anbau beeinflusst werden kann, das ist eine Frage für sich, die hier nicht erörtert werden soll. Die Hauptsache ist eben zunächst die genaue Feststellung, in welchem Umfang und womit die Felder bestellt sind oder werden. Steht sich für irgendein Ereignis heraus, daß die Ausdehnung des jetzigen Anbaus zu wünschen übrig läßt, daß aber die Möglichkeit einer Erweiterung theoretisch wohl vorhanden ist, so wird man eben trotz der Höchstpreispolitik die finanziellen Konsequenzen aus der festgestellten Tatsache ziehen müssen. Ohne Höchstpreise und beherrschende Verteilungspolitik hätte die Intensität des Bedarfs in Verhältnisse zu Angebot und Vorräten sich in der Preishöhe ausgedrückt und dadurch ganz von selbst den Anbau günstig beeinflusst. Da wir nun aber in die Realisierung des Tauschverkehrs und der wirtschaftlichen Befähigung verwickelt sind, so müssen die berufenen Stellen wenigstens alles aufbieten, um die ungünstigen Folgen der eingeschlagenen Politik auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Höchstpreise für Wohnungsmieten? Gegenwärtig wird in Hausbesitzkreisen die Hoffnung genährt, daß nach dem Krige die Mieten ganz erheblich steigen. Dem muß entgegengehalten werden! In einem sich selbst überlassenen Bereiche werden wahrlich die Mietenpreise sehr steigen. Das ist richtig. Man darf aber nicht den Bodenbelager, die Bodenrente dem freien Verkehr überlassen; denn die benutzbare Bodenfläche ist in einem dichtbesiedelten Land ein Monopol weniger, dem der Anbau vieler gegenübersteht. Deshalb ist es nötig, daß beiseiten, daß sofort ein Höchstpreis festgesetzt wird. Die Stadt Kiel ist hierin bereits vorgegangen. Die Mieten nach dem Krige dürfen dort nicht höher sein als am 4. August 1914. Die Hoffnung auf Steigerung der Mieten nach dem Krige ist gemeinlichlich. Entweder wird die Mietwilligkeit erfüllt, dann muß die Bevölkerung ungerechtfertigte Opfer bringen, oder die Männer, die aus dem Krige nach Hause kommen, können mit Enttäuschung ab, die aufgearbeiteten Mieten nach ihren großen Opfern noch außerdem zu opfern, und lehnen dann umgänglich die Mietzahlung überhaupt ab. Eine Bewegung gegen die Mietzahlung im Drange des Zwanges wäre von großen Bedenken für das Staatsganze. Deshalb muß die Hoffnung auf hohe Mieten schon jetzt gründlich zerstreut werden.

Verschiedene Eingänge.
„Die Errichtung eines Deutschen Sprachamts.“
Von Franz Barbara, Selbstverlag des Verfassers in Stuttgart.
Geschäftsbericht der Ortskrankenkassen in Elsaß-Lothringen.“ 1914/15. Straßburg.
„Gewerkschaften.“ Betrachtungen und Überlegungen während des Weltkrieges. Von Adolf Braun. Preis

1,50 Mk. Verlag der Leipziger Buchdruckerei-Altens-
gesellschaft.
„Die Glocke.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Heraus-
gegeben von Barous. Heft 13. Preis jeder Nummer
25 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. in München.
„Für Alle Welt.“ 39. Kriegszahl. 22. Jahrgang.
Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 40 Pf. Zu
beziehen durch das Deutsche Verlagshaus Bong & Co. in
Berlin, Leipzig und Stuttgart.
„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozial-
demokratie. Verlag von J. S. W. Diez Nachf. in Stutt-
gart. Nr. 23 und 24. 34. Jahrgang. 1. Band. Preis
25 Pf. pro Nummer, vierteljährlich 3,25 Mk.

Briefkasten.

W. S. in D., C. N. in F., S. W. in M.: Eingang
wird hiermit bescheinigt. — G. S. in G.: Wird ge-
ändert. — M. S. in D.: Erhalten. — D. S. in Wdr.:
2,45 Mk. — M. S. in Altenburg: 1,85 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammisplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.
Bekanntmachung.
Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin
für die Einendung der Statistikkarten über die Arbeits-
losigkeit im I. Quartale 1916: 12. April, pünktlich ein-
zubringen. Spätere Eingänge können unter keinen
Umständen mehr berücksichtigt werden. Da in
einigen zur Berichterstattung verpflichteten Verwaltungs-
stellen die Funktionäre wiederholt gewechselt haben, so
richten wir das dringende Ersuchen an die verehrlichen
Gauvorstände, die betreffenden Kollegen auf ihre Ver-
pflichtung zur Einendung der Statistikkarten hinzuweisen,
Die Karten müssen auch dann eingeleitet werden,
wenn Arbeitslose am Orte nicht vorhanden waren.
Berlin. Die Hauptverwaltung.

Adressenveränderungen.

Altenburg. (Ort und Bezirk.) Kassierer: Karl Kunze,
Nordstraße 8 II.
Danzig. Nach Einberufung des Vorstehens vom Orts-
vereine hat Kollege Max Perlich, Grenadiergasse 13,
stellvertretungsweise den Vorsitz übernommen.

Versammlungskalender.

Elberfeld. Vertrauensmännerziehung Sonntag, den 9. April,
vormittags 10 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
Erfurt. Umständehalber findet die nächste Versammlung erst am
15. April statt.
Essen. Maschinenlehre: Bezirksversammlung Sonntag, den
9. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant Kleinendank in
Essen, Rellinghauser Straße 88.
Kaiserslautern. Versammlung Sonnabend, den 8. April, abends
pünktlich 9 Uhr, in der „Brauerei Orly“.
Regensburg. Versammlung Sonnabend, den 8. April, abends
8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Neubabelsberg. Versammlung Sonnabend, den 8. April, abends
8 1/2 Uhr, in der „Friedensburg“, Goethestraße.

Anfang Mai erscheint im unterzeichneten Verlag die offizielle

Jubiläumskarte

des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

Die von einem Kollegen typographisch und zerschnitten in Mehrfarbendruck vorzüglich ausgestattete Karte
ist eine Erinnerungsgabe zum 50-jährigen Bestehen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und wird
am 21. Mai auch als Kartengruß ins Feld geschickt werden können. Die Karten sollen in erster Linie
an die Ortsvereine des V. d. B. D. V., und zwar zum Selbstkostenpreise, abgegeben werden. Der Verkaufs-
preis beträgt im einzelnen 5 Pf. Unter 10 Stück werden nicht verhandelt. Wir bitten die verehr. Orts-
vereinsvorstände und andre Bezüger, ihre Bestellungen möglichst bald, spätestens bis zum 15. April an
Kollegen Otto Schröder, Leipzig-Connewitz, Seltscherstraße 6, zu richten.

Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften / Sitz Leipzig

Die noch vorhandenen

Anfichtspostkarten vom Verbandsmonument

das im Garten des „Volkshauses“ zu Leipzig seinen dauernden Standort erhielt, sollen an
Bezirks- und Ortsvereine des Verbandes zum Selbstkostenpreise abgegeben werden.
Mit entsprechendem Aufdruck versehen, eignen sich die Karten sehr gut für örtliche
Sübiläumswende.

Bestellungen nimmt entgegen **Georg Böblich, Leipzig, Salomonstraße 8.**

Königl. Sächsische Landes-Lotterie

110,000 Lose — 55,000 Gewinne — Prämie in 5 Klassen

Jedes 2. Los gewinnt. Ziehung 1. Klasse am 1. Juni 1916. Jedes 2. Los gewinnt.

800,000, 300,000, 150,000, 100,000

Klassenlose (in jeder Klasse) M. 5.—, M. 10.—, M. 25.—, M. 50.—
Voll-Lose (für alle Klassen) M. 25.—, M. 50.—, M. 125.—, M. 250.—

Königl. Sächsische Lotterie-Kollektur Leipzig
Paul Lippold, Richard-Wagner-Strasse 10.
Postscheckkonto: 50726 Leipzig.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Donnerstag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 14/15:

Vertrauensmännerversammlung

Die Vertrauensleute und Druckereikassierer sind zu dieser Versammlung besonders
eingeladen. [47]
Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Gauvorstand.**

**Maschinenmeisterverein
Hamburg-Altonaer Buchdrucker**

Sonnabend, den 8. April, abends pünktlich 8 1/2 Uhr,
im Vereinslokale, C. Wils, Kleine Rosenstraße 16:

Versammlung

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Vortrag vom Kollegen Meilmann
(siehe Gaumitteilungen); 3. Technisches; 4. Verschiedenes. [49]
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Tüchtige Maschinenmeister

bei hohem Verdienst gesucht. [46]
Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Mehrere Maschinenmeister

gesucht. **Mehger & Wittig, Leipzig, Hohestraße 1.**

Tüchtige Maschinenmeister

in dauernde Stellung sucht **Spamerische Buchdruckerei, Leipzig. [39]**

**Werk-, Inzeraten- und Altdenzeker
außerdem
Maschinenmeister**

leistungsfähig im Werk- und Altdenzedruck, finden
sich sofort Stellung bei Gebhardt, Jahn & Randt
G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Belziger Str. 61.

Wegen Einberufung wird für dreimal wöchent-
lich erscheinende Zeitung ein [42]

Lithotypeseher gesucht.

S. J. J. Kay, Kellinghusen i. Hollst.

**Tüchtiger
Lithotype- und
Typographseher**

bei gutem Lohne sofort gesucht. [64]
Fischer & Kürsten, Buchdruckerei, Leipzig.

Ein tüchtiger, selbstständig arbeitender
Maschinenmeister

dem Gelegenheit zur Ausbildung an der Rotation
und am Anlegemittel geboten ist, gegen hohen
Lohn gesucht. Offerten erbeten an die [44]
„Buerische Zeitung“, Buer i. W.

Maschinenmeister

für 16seitige Frankenthaler Rotation und Flach-
druck oder auch tüchtiger Flachdrucker, der sich an
der Rotation ausbilden will, gesucht. Nicht selbst-
ständiger Drucker kann reklamieren werden.
Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehalts-
ansprüchen erbeten an [50]
E. Kollerdorf, Hilde i. W.

**Tüchtiger
Rotationsmaschinenmeister**

für achtfelhige A. & B.-Pony zu möglichst sofortigen
Eintritt gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen
erbeten [51]
Weimarer Verlag G. m. b. H., Weimar.

Buchdruckmaschinenmeister

aus der Titelenbranche sind sofort dauernde
und angenehme Stellung. [61]
**Leipziger Papierwarenfabrik
Friedrich Pröbder, Leipzig.**

Tüchtiger Monotypseher

somit gegen hohen Lohn gesucht. [48]
**Gebhardt, Jahn & Randt, G. m. b. H.,
Berlin-Schöneberg, Belziger Straße 61.**

Junger Maschinenmeister

im Altdenz-, Katalog-, Illustrations- sowie
Buntdruck an Schnell- und Ziegeldruckpressen
bewandert, sucht sofort Stellung. Offerten an Alfred
Bellack, Brandenburg a. S., Fischerstr. 17, erbeten.

Ihrem lieben Kollegen [54]

Albert Richter

a. J. im Felde

anlässlich seiner 25-jährigen Verbandsmit-
gliedschaft die herzlichsten Glückwünsche.
Leipzig, den 5. April 1916.

Die Kollegen
der „Leipziger Neuesten Nachrichten“.

Für die mir aus Anlass meines 50-jährigen
Berufsjubiläums dargebrachten Gratula-
tionen sage allen lieben Freunden und
Kollegen meinen [63]

herzlichsten Dank!
Altenburg, 1. April 1916.
August Seher, Schriftseher.

Gegen monatliche Teilzahlungen.

von 2 Mk. an erhalten Verbandskollegen Broch-
haus' Al. Konversationslexikon (2 Bde. 24 Mk.)
von A. Stegl, München 7.

Als zweites Opfer des Weltkriegs hat
der hiesige Ortsverein den Feldwebel seines
lieben Kollegen, des Seblers [56]

Gerhard Hendricks

in einem Ref.-Jäger-Bat.
Inhaber des Eisernen Kreuzes und des
Schamberg-Lippischen Verdienstkreuzes
zu beklagen. Er war geboren zu Pont
bei Geldern am 1. Juni 1889.
Wir werden demselben ein freies Ge-
denken bewahren.
Ortsverein Geldern (Rhld.).

In einem Stuttgarter Lazarett verschied
am 23. März an einer schweren Verwun-
dung unter lieber Kollegen, der Schriftseher
Richard Schladiß [57]
im 21. Lebensjahre.

Mit dem Dahingegangenen hat der
Weltkrieg das dreizehnte Opfer von uns
gefordert, und wir werden auch ihm ein
dauerndes Andenken bewahren.
Bezirksverein Bielefeld,
Graphischer Klub,
Gefangenenverein „Gutenbergs“.

Als weiteres Opfer des Weltkriegs ver-
starb am 5. Februar in russischer Gefangen-
schaft unser lieber Kollege [58]

Peter Hermann Suppers

Inhaber des Eisernen Kreuzes
im Alter von 21 Jahren 5 Monaten.
Sein ehrlicher Charakter und sein kol-
legialer Sinn sichern ihm bei uns ein
dauerndes, ehrendes Andenken.
Ortsverein Somburg-Rheinberg.

In den Argonnen fiel am 17. März
als fünftes Opfer des Weltkriegs aus
unserm Bezirk unser lieber Kollege, der Seher

Willi Seifer

aus Arnstadt, 27 Jahre alt, zuletzt in
Kirchbain (Bez. Halle) in Konfession.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Bezirksverein Marburg a. N.

Im Kampfe für das Vaterland fiel als
sechstes Opfer unseres Ortsvereins unser
lieber Kollege, der Seher [62]

Mag Günther

aus Bernburg, im Alter von 21 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Ortsverein Bernburg.

Am 29. März verstarb in Dornitz
unser Kollege, der Schweizerbege [62]

Otto Schwanke

im Alter von 24 Jahren.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken
bewahren.
Bezirksverein Posen.

Am 24. März verstarb nach kurzem
Krankentage unser lieber Kollege, der
Drucker [63]

Heinrich Jung

aus Dornitz, im Alter von 20 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Frankfurt a. M.